

Benjamin Baumgarth, Justus Henke & Peer Pasternack

Die Entwicklung der deutschen Hochschulfinanzierung

Ein Ländervergleich unter Berücksichtigung von Referenzgrößen¹



Benjamin Baumgarth



Justus Henke



Peer Pasternack

The German higher education system (HES) stems around 50 billion Euros each year (as of 2013). Due to the federal structure, the states (Bundesländer) are in charge for the financial endowments of their universities. Hence, political constellations and economic strength vary considerably across states. But does this have a structural effect on the financing of the HES? Our data suggests a substantial cross-state growth with one exception between 2004 and 2013. However, when taking into account cost increases, only four states display notable financial growth. Moreover, student number growth has exceeded financial growth in most of the states, i.e. per student funding has actually decreased in all but four states. Furthermore, almost half of the increases are covered by additional federal contributions (Hochschulpakt) to states which are passed on to the HES.

1. Zehnjahresentwicklung der nominalen Hochschulfinanzierung

Insgesamt werden im deutschen Hochschulsystem jährlich 50,5 Mrd. Euro bewegt (Daten für 2013).² Darin stecken allerdings auch nichtöffentliche Finanzierungen: 15,8 Mrd. Euro aus wirtschaftlicher Tätigkeit der Universitätsklinika, 1,1 Mrd. Euro aus Beiträgen der Studierenden, desweiteren Drittmittel privater Geldgeber. Ohne die Krankenkassenvergütungen der Universitätsklinika und die studentischen Beiträge umfasst die Gesamtfinanzierung des Hochschulsystems 33,6 Mrd. Euro. Davon beträgt der Anteil an Drittmitteln von privaten Stiftungen und gewerblicher Wirtschaft 5,5% (ca. 1,8 Mrd. Euro).

94,5% der Mittel sind öffentlich finanziert: Ausschließlich aus öffentlichen Kassen, also ohne private Drittmittel, stammen 32,2 Mrd. Euro. Davon wiederum sind 18,3 Mrd. Euro die sog. laufenden Grundmittel, d.h. Zuschüsse der Länder an ihre Hochschulen ohne Investitionsausgaben (und durchlaufende Bundesmittel enthaltend). Sie machen zwar lediglich 56% der Hochschulsystemfinanzierung aus, sind aber am ehesten aussagekräftigsten, wenn die Anstrengungen der Länder zur Finan-

zierung ihrer Hochschulen verglichen werden sollen. Die laufenden Grundmittel setzen sich wie folgt zusammen: laufende Ausgaben der Hochschulen (ohne private Hochschulen, jedoch inklusive der Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft, die weitgehend öffentlich refinanziert werden) minus Verwaltungseinnahmen und Drittmittel, ohne Investitionsausgaben.³

Entgegen landläufiger Wahrnehmungen hat sich die finanzielle Nominalausstattung der Hochschulen, gemessen an den laufenden Grundmitteln, von 2004 bis 2013 in 15 Bundesländern verbessert, davon in sechs Ländern erheblich (in Berlin war ein Minus zu verzeichnen).

Da Spannbreiten sind dabei sehr hoch: Nahmen von 2004 bis 2013 die an den Hochschulen verausgabten Grundmittel in Sachsen nominal um 5,6% zu, so waren

¹ Der Beitrag beruht auf einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, vgl. Baumgarth/Henke/Pasternack (2016).

² Quellen für die Zahlen dieses Abschnitts: StatBA (2015) Finanzen der Hochschulen; DAAD (2015); AvH (2014); DSW (2015); BMBF (2014) sowie eigene Berechnungen auf Grundlage dieser Quellen.

³ Die von uns verwendeten Daten unterscheiden sich von denen der veröffentlichten amtlichen Bundesstatistik, da die dortigen Angaben auch öffentliche Zuschüsse an private Hochschulen beinhalten. Letztere wurden herausgerechnet.

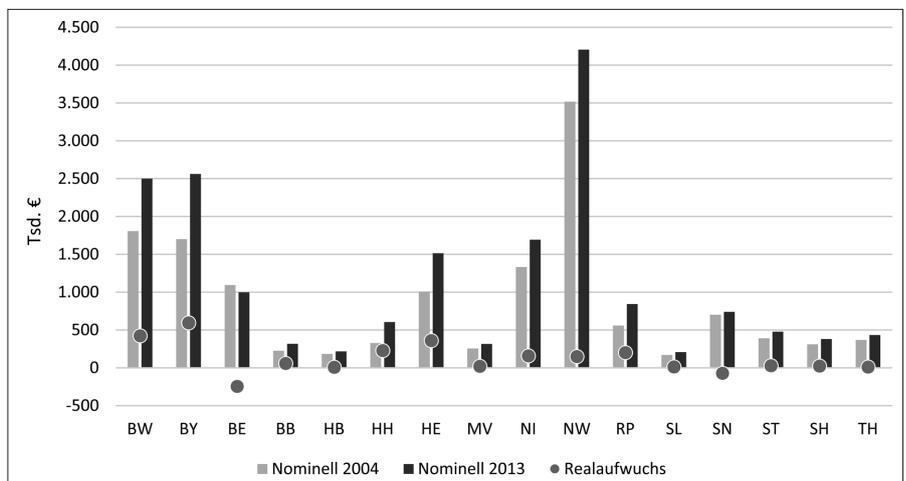
dies in Hamburg 84,7% (wobei dort das Ausgangsniveau vergleichsweise niedrig war). Deutliche Zuwächse weisen im gleichen Zeitraum auch einige mittelgroße und kleine Länder auf: Brandenburg, Hessen und Rheinland-Pfalz. In der Summe aller Länder wuchsen die laufenden Grundmittel um 29%.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass die in den meisten Ländern positiven Entwicklungen der laufenden Grundmittel 2004-2013 zu beträchtlichen Anteilen durch Bundeszuschüsse für den Hochschulpakt gedeckt wurden. Denn die Bundesanteile des Hochschulpakts werden den Ländern als Durchlaufmittel an die Landeshaushalte überwiesen und fließen darüber an die Hochschulen. Folglich sind sie Teil der in der Bundesstatistik ausgewiesenen laufenden Grundmittel. Im Durchschnitt der Länder gehen die Mittelaufwüchse 2004-2013 zur Hälfte auf die Bundesmittel für den Hochschulpakt zurück. Doch auch hier unterscheiden sich die Länder deutlich voneinander. Setzt man die Bundesmittel aus dem Hochschulpakt zu den Aufwüchsen der laufenden Grundmittel 2004-2013 ins Verhältnis, so zeigt sich: Insbesondere Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben laufende Grundmittel in beträchtlichem Umfang zusätzlich eingebracht. Der Anteil der Bundeszuschüsse des Hochschulpakts liegt dort bei etwa 25%. Demgegenüber läge in Berlin und Sachsen die Entwicklung der laufenden Grundmittel im Zehnjahresvergleich ohne den Hochschulpakt deutlich im negativen Bereich, wobei Berlin auch mit diesen Mitteln einen negativen Saldo hat.

2. Nominale und reale Zuschussentwicklungen

Um die nominalen Aufwüchse der öffentlichen Finanzmittel angemessen einordnen zu können, müssen sie ins Verhältnis zu den gleichzeitigen Kostensteigerungen gesetzt werden. Diese lassen sich über die Inflation qua Verbraucherpreisindex und die Tarifsteigerungen (denen die Beamtensbesoldungen tendenziell folgen) erfassen. Wo eine positive Differenz von Aufwüchsen der laufenden Grundmittel und Kostensteigerungen besteht, gab es einen nicht nur nominalen, sondern auch realen Zuwachs der Finanzmittel, über die die Hochschulen verfügen. Wenn man die o.g. nominalen Aufwüchse der laufenden Grundmittel ins Verhältnis zu den gleichzeitigen Kostensteigerungen setzt, verändert sich das ländervergleichende Bild kaum. Im Durchschnitt der Länder betragen die Kostensteigerung durch Inflation, Tarif- und Besoldungsanhebungen 15%. In 14 Ländern ergaben sich Realzuwächse, d.h. Zuwächse, die über inflations- und personalkostenbedingte Ausgabensteigerungen hinausreichten.

Abbildung 1: Nominale und reale Aufwendungen der Länder für laufende Grundmittel der Hochschulen 2004 und 2013*



* Die nominalen Aufwendungen sind die verausgabten absoluten Euro-Beträge. Für die Angaben zu den realen Aufwendungen sind von den nominalen Aufwendungen die Kostenaufwüchse 2004-2013 durch Inflation und Personalkostenentwicklung abgezogen. Die Realentwicklung der Hochschulfinanzen drückt also aus, welchen Geldwert die Zuschüsse des Jahres 2013 im Verhältnis zu denen des Jahres 2004 hatten.

Quellen: Daten zu Grundmitteln, Sonderauswertung des StatBA vom 5./9.10.2015; StatBA (2003-2014); eigene Berechnungen

Auch diese streuten allerdings beträchtlich: Während in Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern die Realzuwächse bei 60, 31, 31 bzw. 30% lagen, sind Realverluste in Berlin und Sachsen um -20 bzw. -9% zu konstatieren. Bei weiteren acht Ländern lagen die Realzuwächse zwischen drei und zehn%. In Berlin, dessen Hochschulfinanzierung auch nominal zurückging, und in Sachsen konnten also die Kosten- und Tarifsteigerungen nicht ausgeglichen werden. In Berlin sank der Landeszuschuss real, d.h. gemessen an der Geldwertentwicklung von 2004 bis 2013, um 215 Mio Euro und in Sachsen um 62 Mio Euro. (Abb. 1)

3. Hochschulfinanzierung in Relation zu sozioökonomischen Kennziffern

Die deutschen Bundesländer unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Größe (Fläche und Einwohnerzahl), Wirtschaftskraft, Lagegunst, interner regionaler (Un-)Einheitlichkeit und historischer Entwicklung der Hochschulsysteme. Daher sind Betrachtungen absoluter Zahlen der Hochschulfinanzierung wenig aussagekräftig. Vielmehr werden die Daten zur Ausstattung der Landeshochschulsysteme durch ihr jeweiliges Land erst dann informativ, wenn sie ins Verhältnis zu länderspezifischen Referenzgrößen werden. Dies geschieht im folgenden anhand der Hochschulfinanzierung pro Kopf der Bevölkerung, der Hochschulfinanzierung im Verhältnis zur Wirtschaftsstärke und der Hochschulausgaben pro Student/in.

3.1 Hochschulfinanzierung pro Kopf der Bevölkerung

Mit der Hochschulfinanzierung pro Kopf der Bevölkerung lässt sich die unterschiedliche Größe der Länder berücksichtigen. Von 2004 bis 2013 konnten 15 Länder ihre laufenden Hochschulgrundmittel je Einwohner erhöhen, davon 13 Länder erheblich, und in einem Land reduzierten sie sich. Im einzelnen zeigt sich:

- Jeweils sechs Länder weichen vom Bundesdurchschnitt deutlich nach oben bzw. unten ab.
- Die Pro-Kopf-Hochschulfinanzierung ist in den drei Stadtstaaten mit Abstand am höchsten.
- In Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen fällt sie ebenfalls stark überdurchschnittlich aus.
- Deutlich unterdurchschnittlich ist sie hingegen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern sowie Thüringen.
- Extrem unterdurchschnittliche Werte bei der Hochschulfinanzierung pro Kopf der Bevölkerung erreichen Brandenburg und Schleswig-Holstein mit lediglich 58 bzw. 60% des gesamtdeutschen Mittels.
- Auffällig ist insbesondere Bayern, da es aufgrund seiner wirtschaftlichen Leistungskraft (nach Nordrhein-Westfalen zweiter Platz bundesweit beim BIP) einen besonders hohen Bedarf an Hochqualifizierten hat. Dieser muss zu großen Teilen von außerhalb gedeckt werden, so dass Bayern seinen Akademikerbedarf in relevantem Umfang durch finanzielle Ausbildungsanstrengungen anderer Bundesländer befriedigt.

3.2 Hochschulfinanzierung im Verhältnis zur Wirtschaftsstärke

Mit dem Anteil der laufenden Grundmittel am BIP lässt sich die Hochschulfinanzierung ins Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungskraft der einzelnen Bundesländer setzen. Im Länderdurchschnitt hat sich dieser Anteil im betrachteten Jahrzehnt nicht verändert. Allerdings stiegen von 2004 bis 2013 sechs Länder den Anteil laufenden Hochschulgrundmittel am BIP; in zwei Ländern fiel dieser Anteil, und in acht Ländern blieb er stabil. 2013 lagen fünf Bundesländer deutlich über dem Durchschnitt aller Länder und drei deutlich darunter:

- Berlin und Bremen als Stadtstaaten sowie die ostdeutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen weisen deutlich überdurchschnittliche Anteile der Hochschulaufwendungen am BIP auf.
- Die hohen Werte der vier ostdeutschen Länder zeigen zum einen, dass die Bezugsgröße – das BIP – im Ländervergleich niedrig ist, zum anderen, dass dort trotz eingeschränkter ökonomischer Leistungskraft politische Schwerpunkte in der finanziellen Ausstattung ihrer Hochschulen gesetzt werden.
- Deutlich unterdurchschnittliche Anteile der Hochschulaufwendungen am BIP sind für Bayern, Brandenburg und Schleswig-Holstein zu konstatieren.

Intuitiv würde man erwarten, dass wirtschaftlich überdurchschnittlich starke Länder auch bei den Hochschulausgaben im Ländervergleich überdurchschnittlich abschneiden, durchschnittlich wirtschaftsstarke Länder durchschnittliche Hochschulausgaben realisieren und im Blick auf ihre Wirtschaftskraft unterdurchschnittliche Länder auch ihre Hochschulen nur unterdurchschnittlich ausstatten können. Diese Intuition bestätigt sich in den meisten Fällen nicht. Werden die Hochschulausgaben ins Verhältnis zur jeweiligen wirtschaftlichen Leistungskraft (gemessen am BIP) und zur jeweiligen Landesgröße (gemessen an der Einwohnerzahl) gesetzt, so lassen sich die Länder grob in fünf Gruppen gliedern:

- Die *Stadtstaaten* sind wirtschaftsstark (Hamburg) bzw. wirtschaftlich eher schwach (Berlin, Bremen), aber alle drei sind pro-kopf-bezogen deutlich überdurchschnittlich bei ihren Hochschulausgaben. Auf den Anteil am BIP bezogen, sind ihre Hochschulausgaben im Ländervergleich überdurchschnittlich (Berlin, Bremen) bzw. leicht unterdurchschnittlich (Hamburg).
- Die *süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg* sind überdurchschnittlich wirtschaftsstark, realisieren aber leicht unterdurchschnittliche (Baden-Württemberg) bzw. deutlich unterdurchschnittliche (Bayern) Hochschulausgaben, gemessen an der Zahl der Einwohner und dem Hochschulausgabenanteil am BIP.
- Unter den *west- und nordwestdeutschen Flächenländern* gibt es drei Länder mit mittlerer bzw. gedämpfter ökonomischer Potenz bei leicht unterdurchschnittlichen (Rheinland-Pfalz, Saarland) bzw. deutlich unterdurchschnittlichen kontextualisierten Hochschulausgaben (Schleswig-Holstein).
- Dagegen realisieren drei *andere westdeutsche Flächenländer* bei überdurchschnittlichen ökonomischen Leistungsfähigkeiten durchschnittliche (Niedersachsen) bzw. leicht überdurchschnittliche (Hessen, Nordrhein-Westfalen) kontextualisierte Hochschulausgaben.
- Die *ostdeutschen Flächenländer* sind durch deutlich unterdurchschnittliche ökonomische Leistungsfähigkeiten gekennzeichnet, realisieren aber dennoch z.T. überdurchschnittliche kontextualisierte Hochschulausgaben (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen). Hingegen sind Sachsens Hochschulausgaben in dieser Betrachtung leicht unterdurchschnittlich und Brandenburgs deutlich unterdurchschnittlich (Abbildung 2).⁴

Im Ergebnis heißt das: Vier Länder münzen ihre wirtschaftliche Leistungsstärke, die über dem Bundesdurchschnitt liegt, nicht in eine entsprechend überdurchschnittliche Hochschulfinanzierung um (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen). In fünf Bundesländern entspricht deren wirtschaftliche Leistungsstärke ihrer relativen Position bei der Hochschulfinanzierung (Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein). Sieben Länder setzen bei der Hochschulfinanzierung insofern einen Ausgabenschwerpunkt, als sie bei den kontextualisierten Hochschulausgaben in einer höheren Ranggruppe angesiedelt sind, als dies ihre wirtschaftliche Leistungskraft erwarten lassen würde (Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen).

3.3 Hochschulausgaben pro Student/in

Die Hochschulausgaben pro Student/in informieren darüber, ob und inwieweit die Finanzierungsentwicklungen mit der Steigerung der Studierendenzahlen

⁴ Letzteres liegt – obwohl häufig behauptet – nicht am Fehlen einer Hochschulmedizin: Auch wenn die Hochschulausgaben der Länder ohne Hochschulmedizin betrachtet werden, bleibt Brandenburg deutlich unterdurchschnittlich.

Abbildung 2: Wirtschaftsstärke der Länder und ihre Hochschulausgaben in Relation zu Bevölkerungsanzahl und BIP-Anteil*

	Wirtschaftsstärke im Ländervergleich			Kontextualisierte** Hochschulausgaben im Verhältnis zum Länderdurchschnitt		
	geringere	mittlere	höhere	geringer	etwa entsprechend	höher
Baden-Württemberg						
Bayern						
Berlin						
Brandenburg						
Bremen						
Hamburg						
Hessen						
Mecklenburg-Vorp.						
Niedersachsen						
Nordrhein-Westfalen						
Rheinland-Pfalz						
Saarland						
Sachsen						
Sachsen-Anhalt						
Schleswig-Holstein						
Thüringen						
Zahl der Länder	9	2	5	3	9	4

* Hochschulausgaben gemessen an den laufenden Grundmitteln

** Anteil der Hochschulausgaben am BIP und Hochschulausgaben pro Kopf der Bevölkerung

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2015), Daten zu Grundmitteln, Sonderauswertung des StatBA vom 5./9.10.2015; eigene Berechnungen

Schritt gehalten haben. 2004-2013 ist die Zahl der Studierenden stark angewachsen – bundesweit um 28%. Die nominalen laufenden Grundmittel pro Student/in sind damit im Durchschnitt der Länder 2004-2013 leicht, um ein Prozent, gestiegen: von 7.268 Euro auf 7.323 Euro. Legt man jedoch statt dem nominalen Wert der laufenden Grundmittel deren realen Wert (in Preisen von 2004) zugrunde, so verändert sich das Bild deutlich. In dieser Realwert-Berechnung sind die Ausgaben je Studierendem im Länderdurchschnitt seit 2004 um 12% oder etwa 900 Euro gesunken. Lediglich vier von 16 Bundesländern haben in dieser Betrachtung ihre Ausgaben steigern können.

Legt man den realen Wert der laufenden Grundmittel (in Preisen von 2004) zugrunde, so ergibt sich, dass nur vier Bundesländer die Ausgaben je Studierenden real steigern konnten: Hamburg sehr deutlich, daneben Rheinland-Pfalz, Bremen und Brandenburg. In zwölf Bundesländern sanken die realen Hochschulausgaben pro Student/in. Dies bestätigt vergleichbare Ergebnisse von Timmermann (2010: 10), der für den Zeitraum 1991 bis 2010 ebenfalls Realabsenkungen bei den Hochschulausgaben pro Student/in feststellte. Dabei sind in fünf Ländern die Realausgaben pro Student/in stärker als der Bundestrend zurückgegangen: in Nordrhein-Westfalen, Berlin, Saarland, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein.

Hier ist auch nochmals auf die Relevanz des Hochschulpakts für die Hochschulfinanzierungen in den Ländern zu verweisen. Setzt man die Entwicklung der Studierenden ins Verhältnis zu den Hochschulpaketüberweisungen des Bundes, wird deutlich, wie stark letztere zur Stabilisierung der Hochschulfinanzierung beigetragen haben:

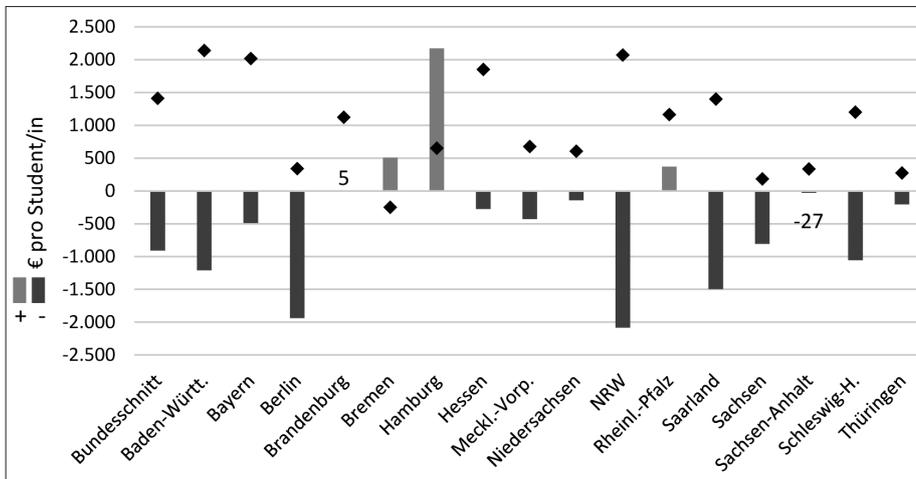
- Die Veränderung der laufenden Grundmittel pro Student/in zwischen den Bezugsjahren 2004 und 2013 (nominell) wäre *ohne* die Bundesbeteiligung in zehn Ländern negativ und nur in sechs positiv ausgefallen.
- *Mit* dem Hochschulpaket entwickelte sich diese Größe in elf der 16 Bundesländer positiv. Unterm Strich hat der Hochschulpaket damit in der Mehrzahl der Bundesländer seine Kernaufgabe, zur Bewältigung steigender Studierendenzahlen beizutragen, erfüllt.
- In Baden-Württemberg, Berlin, NRW, Saarland und Schleswig-Holstein trug der Pakt zumindest zur Abmilderung sonst gravierender Verschlechterungen der Hochschulausstattung bei. Letztlich konnte in diesen fünf Ländern aber auch der Hochschulpaket die Negativentwicklung nicht ausgleichen.

4. Fazit

Insgesamt lassen sich für die Entwicklung der laufenden Grundmittel im untersuchten Jahrzehnt 2004-2013 drei zentrale Befunde festhalten:

- (1) Zwischen 2004 und 2013 ist die *Grundfinanzierung der Hochschulen* – laufende Grundmittel – nominell in 15 und um Kostensteigerungen bereinigt in 14 Bundesländern gestiegen. Die Wachstumsraten schwanken dabei sehr stark: Spitzenreiter sind (in nomineller Betrachtung) Hamburg (+85%), Rheinland-Pfalz (+51%), Baden-Württemberg (+51%) und Hessen (+50%). Am unteren Ende liegen Berlin (-9%), Sachsen (+6%), Thüringen (+18%) und Bremen (+19%). In der Summe der Länder betrug der nominelle Anstieg 29%.
- (2) Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Studierenden stark angewachsen (bundesweit um 28%), sodass die *laufenden Grundmittel pro Student/in* zwischen 2004 und 2013 nur geringfügig (+1%) stiegen. Dies ist allerdings nur eine Durchschnittsbetrachtung. Werden die Länder im einzelnen betrachtet, so überstieg das Wachstum der Studierenden in fünf Ländern das der Grundmittel: In Baden-Württemberg, Berlin, NRW, Saarland und Schleswig-Holstein wurde weniger Geld pro Student/in ausgegeben als zehn Jahre zuvor. Berücksichtigt man zudem die Kostensteigerungen in diesem Zeitraum, dann sanken die realen Hochschulausgaben (laufende Grundmittel pro Student/in in Preisen von 2004) in zwölf Bundesländern. Lediglich in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz wurde auch kostenbereinigt 2013 mehr ausgegeben als 2004. In der Realwert-Berechnung sind die

Abbildung 3: Realentwicklung der laufenden Grundmittel pro Student/in und Studierendenaufwuchs 2004–2013*



* Die Werte geben die Veränderung des Ausgangswerts (2004) an.

Quellen: StatBA (2014b); Daten zu Grundmitteln, Sonderauswertung des StatBA vom 5./9.10.2015; StatBA (2003-2014); eigene Berechnungen

Ausgaben je Studierendem im Länderdurchschnitt seit 2004 um etwa 900 Euro (-12%) gesunken.

(3) Die *Bundesbeteiligung im Rahmen des Hochschulpakts* macht bedeutsame Anteile der seit 2004 hinzugekommenen laufenden Grundmittel aus: So wurden in Bremen und Thüringen 85 bzw. 89% der Mittelaufwüchse gegenüber 2004 durch Bundeszuweisungen im Rahmen des Hochschulpakts gedeckt. Im Durchschnitt aller Länder sind es 46% der hinzugekommenen Mittel. Hierin bildet sich entweder ab, dass die Länder zu wenig eigene Anstrengungen unternommen haben, für eine angemessene Ausstattung ihrer Hochschulen zu sorgen, oder aber dass die Länder generell damit überfordert sind, folglich dann eine gesamtstaatliche Mitfinanzierung der Hochschulen unausweichlich ist.

Die Hochschulen sind also im Grundsatz nach wie vor unterfinanziert, waren aber 2013 in den meisten Bundesländern deutlich besser ausgestattet als zehn Jahre zuvor. Die verbreitete Aussage, an den Hochschulen werde überall gespart, lässt sich einerseits so nicht aufrechterhalten. Andererseits hat die Realentwicklung der Hochschulfinanzierung nicht mit dem starken Anwachsen der Studierendenzahlen Schritt gehalten. Länderdifferenzierend betrachtet sind die Hauptprobleme die sehr breite

Streuung der Ausgabenhöhen zwischen den Ländern und die unterschiedlichen Dynamiken bei der Verbesserung der Hochschulfinanzierung. Darin bilden sich regionale Ungleichheiten ab, aus denen sich nicht zuletzt auch unterschiedliche Chancenverteilungen für die studienrelevanten Altersjahrgänge ergeben.

Literaturverzeichnis

Arbeitskreis VGR der Länder, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes (2015): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014 Reihe 1, Band 1 (2015), Frankfurt a. M.

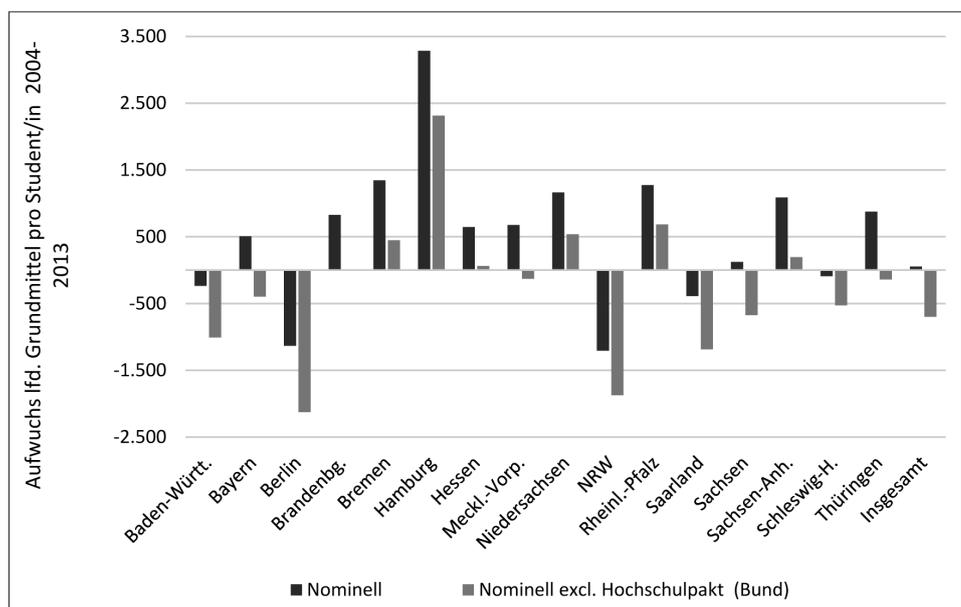
AvH, Alexander-von-Humboldt-Stiftung (2014): Jahresbericht 2013, Bonn, URL https://www.humboldt-foundation.de/web/docs/F13021/jahresbericht_2013.pdf (1.12.2015).

Baumgarth, B./Henke, J./Pasternack, P. (2016): Inventur der Finanzierung des Hochschulsystems. Mittelflüsse, Kontroversen und Entwicklungen im letzten Jahrzehnt, Düsseldorf; URL www.boeckler.de/pdf/p_studfoe_wp_1_2016.pdf (4.2.2017).

BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014): Anlage 1 zur Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes über den Hochschulpakt 2020, URL https://www.bmbf.de/files/Verwaltungsvereinbarung_Hochschulpakt_II_vom_11.12.2014.pdf (10.9.2015)

CDU/SPD/Grüne Sachsen-Anhalt, CDU Sachsen-Anhalt/Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt (2016): Zukunftschancen für Sachsen-Anhalt – verlässlich, gerecht und nachhaltig [Koalitionsvereinbarung]; URL <http://www.spd-sachsen-anhalt.de/files/koalitionsvertrag2016.pdf> (26.4.2016).

Abbildung 4: Bedeutung des Bundesanteils am Hochschulpakt für die lfd. Grundmittel pro Student/in



Quellen: StatBA (2015): Fachserie 11 Reihe 4.5; StatBA (2014b); BMBF (2014); eigene Berechnungen

- DSW, Deutsches Studentenwerk (2015):* Jahresbericht 2014, Berlin; URL <http://www.studentenwerke.de/de/content/jahresbericht-2014> (10.12.2015).
- DAAD, Deutscher Akademischer Austauschdienst (2015):* DAAD Jahresbericht 2013, Bonn; URL <https://www.daad.de/medien/daad-jahresbericht-2013.pdf> (7.11.2015).
- Erasmus (o.J.):* Erasmus+, EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport; URL <http://www.erasmusplus.de/erasmus/bildungsbereiche/> (1.12.2015).
- GWK, Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2014):* Gemeinsame Förderung von Wissenschaft und Forschung durch Bund und Länder-Finanzströme im Jahr 2013 Heft 44, Bonn; URL <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Heft-44-Finanzstroeme2013.pdf> (1.10.2015).
- HMWK, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (2014):* Neue Richtlinien für Förderprogramm LOEWE; URL <https://wissenschaft.hessen.de/presse/pressemitteilung/neue-richtlinien-fuer-foerderprogramm-loewe> (12.2.2016).
- MIWF-NRW, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2014):* Drucksache 16/8319, auch unter <http://angela-freimuth.de/files/52716/MMD16-8416.pdf> (4.2.2016).
- MWFK-BB, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (2013):* Hochschulentwicklungsplan des Landes Brandenburg bis 2025, Potsdam.
- Spiegel-Online (2014):* Geld für Studienplätze: Niedersachsen pumpt Extra-Millionen in Fachhochschulen, 31.7.2014; URL <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/fachhochschulen-in-niedersachsen-bekommen-480-millionen-euro-a-983870.html> (30.5.2015).
- StatBA, Statistisches Bundesamt (2003-2014):* Genesis Online-Datenbank: Verbraucherpreisindex für Deutschland 61111-0010, Wiesbaden; URL <https://www.genesis.destatis.de/genesis/online?sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=61111-0010&leerzeilen=false> (19.10.2015).
- StatBA, Statistisches Bundesamt (2014):* Fachserie 11 Reihe 4.6 – Förderung nach dem Stipendienprogramm-Gesetz (Deutschlandstipendium), Wiesbaden.
- StatBA, Statistisches Bundesamt (2014a):* Fachserie 11 Reihe 7 – Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Wiesbaden.
- StatBA, Statistisches Bundesamt (2014b):* Fachserie 11, Reihe 4.1 – Studierende an Hochschulen, Wiesbaden.
- StatBA, Statistisches Bundesamt (2015):* Fachserie 11 Reihe 4.5 - Finanzen der Hochschulen, Wiesbaden.
- StMBKWK, Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (2013):* Innovationsbündnis Hochschule 2018, München.
- Timmermann, D. (2010):* Alternativen der Hochschulfinanzierung, Düsseldorf, URL http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_211.pdf (22.11.2015).
- TMWWDG, Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (2016):* Bis 2019 rund knapp 1,7 Milliarden Euro für Thüringer Hochschulen. Neue Rahmenvereinbarung zur Hochschulfinanzierung unterzeichnet. Pressemitteilung, 5.1.2016; URL <http://www.thueringen.de/th6/tmwwdg/service/pressemitteilungen/88564/index.aspx> (27.1.2016).
- Warnecke, T. (2013):* Was die Unis in Berlin bekommen, in: Der Tagesspiegel, 14.8.2013; URL <http://www.tagesspiegel.de/wissen/hochschulvertraege-was-die-unis-in-berlin-bekommen/8640174.html> (4.12.2015).

■ **Benjamin Baumgarth**, M.A., Verwaltungswissenschaftler, freier Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), E-Mail: benjamin.baumgarth@hof.uni-halle.de

■ **Justus Henke**, Mag., Volkswirt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), E-Mail: justus.henke@hof.uni-halle.de

■ **Dr. Peer Pasternack**, Professor für Hochschulforschung, Direktor des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), E-Mail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de